

## Informationsdienst des CGB

## INTERN

Ausgabe Juni 2013

### Der Bundesvorsitzende hat das Wort

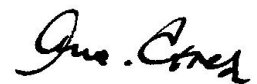
#### Bilanz der Bundesregierung – Legislaturperiode mit Licht und Schatten

Am Ende der Legislaturperiode – gesundes Wachstum, Stimmung der Unternehmen weitgehend trotz Krise gut, Arbeitslosigkeit deutlich gesunken, Aussichten für junge wie ältere Arbeitnehmer günstig, zumindest wenn sie qualifiziert sind. Eine runde Sache, wenn da nicht auch noch ungelöste Probleme, etwa die des sozialen Bereichs, vor allem die drohende Armut im Alter und der Pflegenotstand wären. Aber auch wachsende Fachkräftemangel und unzureichende Familienpolitik, insbesondere hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf tragen zu Verunsicherung und Unzufriedenheit der Menschen bei. Das Ende einer Legislaturperiode bedeutet vor allem die Frage nach Ergebnissen. Die Bundesregierung hat viel erreicht und umgesetzt, vieles ist aber auch auf der Strecke geblieben. Aussetzung von Wehrpflicht und Ersatzdienst, Ausstieg aus der Atompolitik und damit die Kosten der Energiewende, Familienpolitik ohne richtige Fokussierung auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildungspolitik, die zwar viel Wert auf die Hochschulausrichtung legt, aber zu wenig praktische Kenntnisse für die duale betriebliche Ausbildung vermittelt, trüben die Bilanz der Bundesregierung ein. Auch eine echte Reform der Steuersysteme und des Gesundheitssystems ist genau genommen nicht über einen Diskussionsstatus herausgekommen.

Dennoch ist es der Bundesregierung trotz aller Probleme und der andauernden Finanzkrise gelungen, den Arbeitsmarkt insoweit zu stabilisieren, dass die Beschäftigtenquote bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen höher ist denn je. Das führt aktuell zu rekordverdächtigen Steuereinnahmen, was erfreulicherweise die Diskussion um Steuererhöhungen ad absurdum führt. Allerdings geht diese Bilanz teilweise zu Lasten der Einkommen, denn ein großer Teil der Beschäftigung befindet sich im Niedriglohnssektor. Hier müssen wir gegenteuern. Es kann nicht mehr nur „Mehr Netto vom Brutto“ heißen, es muss auch „Mehr Netto“ für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heißen. Hier müssen wir ansetzen und uns auch in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Einkommen der Beschäftigten steigen und die soziale Sicherung in unserem Land auch sicher bleibt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erholsame Urlaubszeit.

Matthäus Strebl  
CGB-Bundesvorsitzender

Matthäus Strebl  
Bundesvorsitzender

*Wir wünschen allen  
Kolleginnen und Kollegen  
eine schöne, sonnige und erholsame  
Urlaubszeit!*

## Aktuelles Thema

CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS

**CGB**

### **Monika Wüllner und Michael Wolter neu im CDA – Bundesvorstand!**

CDA-Bundestagung bestätigt arbeitsmarktpolitische Forderungen der CDA/CGB Bundesarbeitsgemeinschaft - Monika Wüllner (CGM) und Michael Wolter (CGM) neu im CDA Bundesvorstand.



(v.l.n.r.: Peter Rudolph, Anne Kiesow, Monika Storm, Peter Dukitsch, Christian Hertog, Christian Bäuml, Markus Dittlinger, Michael Wolter, Lydia Dryer, Monika Wüllner)

Wie bereits zuvor die CDA/CGB-Bundesarbeitsgemeinschaft, hat sich heute auf seiner Bundestagung auch der CDA-Bundesverband für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz ausgesprochen.

Und ebenso wie die CDA/CGB-Arbeitsgemeinschaft macht sich auch die CDA-Bundestagung für eine Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen durch Ausweitung der Beteiligungsrechte der Betriebs- und Personalräte sowie für eine Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse stark. Wie der Bundesvorsitzende der CDA/CGB-Arbeitsgemeinschaft Peter Rudolph gegenüber den Tagungsteilnehmern in einem Redebeitrag deutlich machte, sind Minijobs längst nicht mehr auf Aushilfs- und Nebentätigkeiten beschränkt, sondern insbesondere im Handel, im Reinigungsgewerbe sowie in der Gastronomie zunehmend Ersatz für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Zufrieden zeigten sich die Delegierten der CDA/CGB-Arbeitsgemeinschaft, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel in Ihrer Rede auf der CDA-Bundestagung ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit der Einführung einer Lohnuntergrenze für alle Arbeitsverhältnisse, die nicht durch Tarifverträge geschützt sind, ablegte und sich dafür einsetzen will, dass es in der neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zu einer entsprechenden gesetzlichen Regelung kommt. Bis-

lang ist die gesetzliche Verankerung einer Lohnuntergrenze an der Blockadehaltung der FDP gescheitert. Der Bundesvorsitzende der CDA/CGB-Arbeitsgemeinschaft warnt denn auch davor, die FDP im bevorstehenden Bundestagswahlkampf durch Leihstimmen der CDU zu unterstützen. Peter Rudolph: „Die CDU darf keinen Koalitionsvertrag mehr unterschreiben, der nicht eine eindeutige und verbindliche Festlegung für die Einführung einer Lohnuntergrenze enthält.“

Wichtig im Sinne der Wahrung der Tarifautonomie ist auch, dass die Lohnuntergrenze durch eine Kommission der Tarifpartner ausgehandelt und nicht durch Politiker bestimmt wird.“ Die CDA/CGB-Arbeitsgemeinschaft ist im neuen CDA-Bundesvorstand mit vier Mitgliedern vertreten. Neben Monika Sturm aus Sachsen-Anhalt, die mit guten Ergebnis als Beisitzerin wiedergewählt wurde, schafften auch die Stuttgarter CDA-Kreisvorsitzende Monika Wüllner sowie der stellvertretende brandenburgische CDA-Vorsitzende Michael Wolter den Sprung in den CDA-Bundesvorstand. Vierter im Bunde ist Peter Rudolph, der dem CDA-Bundesvorstand als Vorsitzender des CDA-Landesverbandes Bremen und Bundesvorsitzender der CDA/CGB-Arbeitsgemeinschaft kraft Amtes angehört.

Info CGB im Mai 2013

## Aus den Gewerkschaften

**Nico Caló, GÖD Regionalgeschäftsführer Südwest in Brüssel zum CESI- Vizepräsident der Kommission für Beschäftigung und Soziales gewählt.**



In Brüssel fand am 22.03.2013 die erste Sitzung der CESI - Kommission für Beschäftigung und Soziales (SOC) statt. Die CESI (Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften) ist der Zusammenschluss von Gewerkschaftsdachverbänden in 24 Ländern Europas. Der CGB ist Mitglied der CESI.

Die GÖD bringt sich über den CGB aktiv in die Arbeit bei der CESI ein. So in den Berufsräten Verteidigung, Justiz, Sicherheit, Zentralverwaltung und Gesundheit. Die



Nico Caló, Geada Seoane, Sieglinde Hasse

Kommissionen und Berufsräte wählen für eine Amtszeit von 4 Jahren ihr Präsidium. Nico Caló, GÖD - Regionalgeschäftsführer Südwest und CGB Landesvorsitzender in Hessen wurde nun an der ersten Sitzung der CESI - SOC Kommission einstimmig zum

Vizepräsidenten in das Präsidium der Kommission gewählt. Zur Präsidentin wurde die Kollegin Margarida Geade Seoane von der ANP aus Portugal und als weitere Vizepräsidentin Sieglinde Hasse vom dbb gewählt.

PM GÖD NRW im April 2013

\* \* \* \*

### Radikaler Stellenabbau bei der Stena Line Scandinavia AB in Kiel!



Wie die Gewerkschaft DHV berichtet, informierte die schwedische Unternehmensleitung die Betriebsräte und die Gewerkschaft über eine geplante Umorganisation und einen damit verbundenen radikalen Stellenabbau in der Kieler Betriebsstätte des Unternehmens. Demnach soll am Standort Kiel die Hälfte des Landpersonals abgebaut werden.

„Ein so radikaler Stellenabbau führt zwangsläufig zu einer Verschlechterung des Services für die Kunden. Betriebsrat und Gewerkschaft werden alles dafür tun, dass es nicht zu diesem Kahlschlag kommen wird“, so Michael Schulz von der Gewerkschaft DHV.

Die Gewerkschaft DHV befürchtet, dass durch diese Maßnahme eine Verlagerung wichtiger Arbeitsbereiche zu Gunsten der Stena Line GmbH & Co.KG in Rostock vorgenommen werden soll.

Erste Gespräche fanden bereits statt und finden ihre Fortsetzung am Donnerstag, den 16.05.13 in Kiel. Dazu wurde der Unternehmensleitung ein Fragenkatalog übermittelt, den es seitens der schwedischen Führung zu beantworten gilt.

Info DHV im Mai 2013

\* \* \* \*

### Gegen den Missbrauch von Werkverträgen - CGM fordert Konzept von der Bundesregierung!



Stuttgart, 11.06.2013. Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) fordert die Bundesregierung auf, so schnell wie möglich ein Konzept gegen den Missbrauch von Werkverträgen zu erarbeiten. „Auf dem Arbeitsmarkt schießen seit einiger Zeit Werkverträge wie Pilze aus dem Boden. Dadurch werden Stammarbeitsplätze vernichtet und Lohndumping breitet sich aus“, konstatiert der CGM-Bundesvorsitzende Adalbert Ewen.

Das Werkvertragswesen, das es schon seit Bestehen des Bürgerlichen Gesetzbuches gibt, würde zunehmend in Bereichen angewandt, in denen es nichts zu suchen habe. „Hier wird eine traditionsreiche Vertragsart zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer missbraucht. Das ist inakzeptabel“, prangert Ewen die derzeitige Situation an. Die CGM spricht sich dafür aus, die Anwendung von Werkverträgen stärker zu kontrollieren: „Wenn man genau hinschaut, handelt es sich in vielen Fällen lediglich um Scheinwerkverträge. Zumindest die könnten verhindert wer-

den, indem in den Betrieben mehr und besser kontrolliert wird – auch unangemeldet“. Außerdem fordert die CGM, das Mitbestimmungsrecht auf Werkverträge auszuweiten, denn „zumindest dort, wo Stammarbeitsplätze ersetzt werden sollen, gehen Werkverträge auch den Betriebsrat etwas an“. Die CGM spricht sich zudem dafür aus, dass die Vergabe von Werkverträgen nicht mit Zeitarbeit kombiniert werden kann: „Dadurch entsteht Intransparenz zu Lasten der Beschäftigten. Keiner blickt mehr durch und dem Missbrauch ist Tür und Tor geöffnet“, so Ewen. Werkvertragsunternehmen sollten deshalb nicht auch noch zusätzlich eine Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung erhalten.

Letztendlich sei entscheidend, dass kein Missbrauch mehr betrieben werden kann und dass es nicht mehr zu einer Situation kommt, in der dieselbe Arbeit von der Stammbesellschaft und von Fremdarbeitskräften geleistet wird, die einen aber deutlich mehr verdienen als die anderen. „Es sollte außerdem dringend hinterfragt werden, was die `Herstellung eines Werkes´ bedeutet. Ist das Auffüllen von Regalen, das Aufräumen von Lagern oder das Verpacken von Waren wirklich als `Herstellung´ im Sinne eines Werkvertrages anzusehen? Wir sehen das nicht so und wollen deshalb gerne eine Antwort auf diese Frage. Und wir wollen Regelungen, die verhindern, dass weiterhin massenhaft Stammarbeitsplätze in Werkvertragsverhältnisse umgewandelt werden“, so die Forderung des CGM-Bundesvorsitzenden.

Es nütze niemandem, wenn sich auf diese Weise ein weiterer Niedriglohnsektor bildet: „Dann muss der Staat wieder aufstocken, erst den Lohn, dann die Rente. Damit subventionieren die Steuerzahler dieses Landes indirekt die Wirtschaft. Und spätestens an dieser Stelle beißt sich dann auch die Katze in den Schwanz“.

PM CGM vom 11. 06. 2013

\* \* \* \*

### Über Umwege zum Ziel! VkdL begrüßt Initiative von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)  
Berufsverband mit klarer Linie



Essen, 23. Mai 2013. – Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. (VkdL) begrüßt das Vorhaben von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU), für Studienabbrecher Wege in die Berufsausbildung zu ebnet.

Nach Angaben des aktuellen Berufsbildungsberichts brechen 28 Prozent der Studierenden von Bachelor-Studiengängen ihr Studium vorzeitig ab. Gleichzeitig fehlen in vielen Bereichen unserer Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte. Bildungsministerin Wanka will gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) nach Wegen suchen, wie man Studienabbrecher für eine Berufsausbildung gewinnen kann und

wie bereits erworbene Studieninhalte auf die Berufsausbildung angerechnet werden können. Die hohe Anzahl an Studienabbrechern zeigt, dass es zwar immer mehr Gymnasiasten und Abiturienten gibt, aber immer weniger Studierfähige, die in der Lage sind, wissenschaftlich und zielgerichtet zu arbeiten.

Die rapide gestiegene Übertrittsquote an Gymnasien verbunden mit der Verpflichtung der Lehrkräfte, alle Schülerinnen und Schüler zum Abschluss zu bringen (Stichwort: individuelle Förderung) haben zwangsläufig zu einer Absenkung des Niveaus im gymnasialen Bildungsgang geführt.

Die Auswirkungen sind jetzt an den Universitäten sichtbar. Hier die Reißleine zu ziehen und junge Menschen auf einen ihnen und ihren Fähigkeiten entsprechenden Ausbildungsweg zu führen, findet die volle Unterstützung des VkdL.

PM VkdL im Mai 2013

### Kurznachrichten

**DHV ist für ihre Mitglieder in Not da!**



Die Flutkatastrophe bewegt die Menschen in Deutschland. Sie stellt die Jahrhundertflut von 2002 sogar noch weit in ihren Schatten.

Viele Menschen haben zum zweiten Mal innerhalb von 11 Jahren ihr gesamtes Hab und Gut verloren und stehen vor dem Nichts. Diese existenzbedrohende Situation berührt auch die DHV. Für eine christliche Gewerkschaft, die sich in besonderem Maße dem Prinzip der Solidarität verpflichtet fühlt, ist Hilfe ein selbstverständliches Gebot. Dies gilt nicht nur für DHV-Mitglieder in den betroffenen Hochwassergebieten, sondern für alle DHV-Mitglieder, die sich in persönlichen Notsituationen befinden!

Wir sind stets bereit, unseren Mitgliedern Hilfe in individuellen Notsituationen zu gewähren! Diesen betroffenen Mitgliedern raten wir: Melden Sie sich in der Hauptgeschäftsstelle oder senden Sie eine Email an [DHV@dvh-cgb.de](mailto:DHV@dvh-cgb.de)! Wir werden uns mit Ihnen in Verbindung setzen!

PM DHV im Juni 2013



CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS

\*\*\*

**CGB Bremen beim Sommerempfang der Arbeitnehmerkammer Bremen**

Mit rund 300 Gästen aus Betrieben, Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft hat die Ar-

beitnehmerkammer Bremen am 5. Juni ihren Sommerempfang gefeiert. Mit dabei CGB-Landesvorsitzender Peter Rudolph – hier im Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer Ingo Schierenbeck.



I. Schierenbeck, P. Rudolph



Rudolf Hundstorfer,

Als Gastredner der Veranstaltung betonte der österreichische Minister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Rudolf Hundstorfer, die Bedeutung der starken Sozialpartnerschaft in Österreich. Tarifflicht wie in Deutschland sei in Österreich unmöglich, so der Minister.

PM CGB NRW im Mai 2013

\*\*\*

**CGB NRW und VkdL haben an der großen Anhörung des NRW Landtags zur Inklusion im Schulbereich teilgenommen**

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)  
Berufsverband mit klarer Linie



Der CGB NRW und der VkdL haben an der großen Anhörung des NRW Landtags



zur Inklusion im Schulbereich

v.l.n.r.: U. Bösl CGB Landesvorsitzender NRW, U. Becher und E. Peerenboom-Dietsch vom VkdL

teilgenommen. Zuvor hatten VkdL und CGB NRW eine gemeinsame Stellungnahme dem Landtag zugesandt. VkdL und CGB sind für Inklusion, aber halten das vorgesehene Tempo der Rot-Grünen für zu schnell.

INFO CGB NRW im Juni 2013

### Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 \* 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: [cgb.bund@cgb.info](mailto:cgb.bund@cgb.info)

Internet: [www.cgb.info](http://www.cgb.info)

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.